



SPD Gruppe im Regionalverband, Mittwoch, 6. November 2019

„Modellregion 365 Euro-Ticket für das gesamte RMV-Gebiet“ Regionalverbands-Koalition plädiert für Berücksichtigung der Polyzentralität

Frankfurt/Main Die Koalition aus SPD und CDU im Regionalverband FrankfurtRheinMain unterstützt die Bewerbung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) um eine Modellregion für ein 365-Euro-Ticket im Rahmen des Modellprojektes der Bundesregierung. Sie spricht sich darüber hinaus aber auch für eine Einbeziehung der gesamten Rhein-Main-Region - auch über Ländergrenzen hinweg - aus: „Gerade die Metropolregion FrankfurtRheinMain mit Ihrer Polyzentralität und den damit verbundenen zahlreichen Pendlerverflechtungen sowie dem erheblichen Verkehrsaufkommen ist für eine solche Modellregion prädestiniert. Sie bietet eine hervorragende Basis für dieses Pilotprojekt im Sinne des Klimaschutzplans der Bundesregierung“, begründet SPD-Gruppensprecher Michael Göllner die Initiative für die Sitzung der Verbandsversammlung am kommenden Mittwoch.





Quellenangabe Bild: rmv.de/rms-gmbh

Bei einer kleinteiligen Lösung etwa die Beschränkung auf einzelne Städte, wie die Anträge von Mainz oder Wiesbaden - fänden die besonderen Erfordernisse der Region keine ausreichende Würdigung. „Da sich die Pendlerströme über ganz Südhessen und darüber hinaus erstrecken, müssen wir das ganze Projekt großteiliger denken“ ergänzt Bad Vilbels Bürgermeister Dr. Thomas Stöhr, Sprecher der CDU-Gruppe.

Die Koalitionspartner sehen auch das Interesse der Bundesregierung, mit dem geplanten Projekt einen Erkenntnisgewinn für eine weitere Anwendung in anderen Regionen zu gewinnen. Hier sei es sicherlich nicht schädlich, nach Auswertung des Projektes auf verlässliche und belastbare Daten zurückgreifen zu können, da sich der ermittelte Datenbestand dann auf ein in der Tarifstruktur homogen gestaltetes Gebiet im Rahmen des RMV bezieht.

Gleichzeitig verweisen SPD und CDU auf die Notwendigkeit eines zügigen Ausbaus der Infrastruktur: „Der gesamte Schienenpersonennahverkehr in der Region FrankfurtRheinMain bewegt sich derzeit an seiner Kapazitätsgrenze. Wir sind uns hier im Hause nahezu alle einig, dass eiligst etwas geschehen muss, um die Engpässe an den verschiedensten Punkten der Region zu beseitigen. Angesichts der bereits bestehenden Engpässe und der Planungs- und Realisierungszeiten von Schienenstrecken von mehr als 30 Jahren ist absehbar, dass eine Kapazitätsmehrung auch mittelfristig nur schwer erreichbar ist. Die Erfahrungen mit der Regionaltangente West sind uns ein lehrreiches Beispiel“, so SPD Geschäftsführer Kai Gerfelder.

Sein Kollege Bernd Röttger von der CDU ergänzt: „Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass Maßnahmen eingeleitet werden, die eine Planungsbeschleunigung ermöglichen. Das politische Ziel muss es sein, die bisherigen Planungszeiten von mehr als 30 Jahren erheblich zu verkürzen. Dafür müssen auch Genehmigungs- und Beteiligungsprozesse verschlankt und gegebenenfalls auch das Umweltrecht auf den Prüfstand.

Nur mit dem zügigen Ausbau vorhandener und der Schaffung neuer, zusätzlicher Kapazitäten sowie der damit verbundenen Verbesserung der Pünktlichkeit der Verkehrsmittel können wir die Attraktivität des ÖPNV nachhaltig stärken“